



Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

68. Sitzung (öffentlich)

30. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei, Stefanie Lang

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Schluss mit dem Betrug bei Verbrauchs- und Emissionswerten von Kraftfahrzeugen – Potenziale für den Verkehr von morgen mobilisieren | 5 |
| | Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/10059
– Zuziehung einer Sachverständigen – | |
| 2 | Aktuelle Sicherheitslage am Flughafen Köln/Bonn | 11 |
| | Bericht des Flughafens | |
| 3 | Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung – BauO NRW) | 20 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12119 | |

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung zum Thema „Neuregelung der Landesbauordnung“ am 25. Oktober 2016. Das weitere Verfahren wird in der kommenden Woche in der Obleuterunde besprochen.

4 Altersdiskriminierung vermeiden – Altersgrenze für staatlich anerkannte Bausachverständige zügig anheben! 22

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12113

Es besteht Einverständnis mit dem Vorschlag, statt einer Anhörung ein Sachverständigengespräch durchzuführen. Die Einzelheiten den Ablauf betreffend werden in der Obleuterunde besprochen. Die heutige Beratung des Tagesordnungspunktes wird damit vertagt.

5 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Arbeits- und technischer Gefahrenschutz 24

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3952

Der Ausschuss wurde zu dem Verordnungsentwurf angehört.

6 15.000 Tote pro Jahr in NRW durch Luftverschmutzung – NRW braucht Ziele für den Schutz von Gesundheit und Leben: Emissionsfreier Verkehr in unseren Städten. 25

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11416
– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Antrag der Piratenfraktion Drucksache 16/11416 wird bei einzelnen Gegenstimmen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit Mehrheit abgelehnt.

7 Logistikland NRW nicht auf das Abstellgleis fahren – Hafen- und Flughafenstandorte im Landesentwicklungsplan sichern 27

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/11417

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/11417 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der FDP und der CDU abgelehnt.

8 Wettbewerbsfähigkeit der regionalen deutschen Frachtflughäfen stärken – Entbürokratisierung der Einfuhrumsatzsteuer auf Bundesebene vorantreiben 30

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/11422

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/11422 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der FDP und der CDU abgelehnt.

9 Verkehrssicherheit gewährleisten – Diskriminierung von Cannabiskonsum verhindern! 31

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/11887

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag ohne Votum zu schieben.

10 Entwurf einer Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Straßenverkehr und Güterbeförderung 32

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/3983

Der Ausschuss wurde zu dieser Verordnung angehört.

Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
68. Sitzung (öffentlich)

30.06.2016

LB

**11 Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes
Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze 33**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12069 (Neudruck)

12 Verkehrssicherheit auf Autobahnen 34

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4044

13 Verschiedenes 40

Ausschusssitzungen im kommenden Jahr

Der Ausschuss beschließt als Termine für die Sitzungen des
Bauausschusses den 19.01.2017, 09.02.2017 und
23.03.2017.

* * *

11 Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12069 (Neudruck)

Vorsitzender Dieter Hilser teilt mit, der Gesetzentwurf sei am 8. Juni 2016 im Plenum beraten und an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr überwiesen worden. – Der Entwurf werde heute erstmalig beraten. Zunächst sei das Beratungsverfahren zu klären. Seines Wissens seien die Spitzenorganisationen angeschrieben und um eine schriftliche Stellungnahme gebeten worden.

Bernhard Schemmer (CDU) nimmt Bezug auf § 38 des Gesetzentwurfs. Danach bedürfe es für Landesstraßen einer Planfeststellung, für innerörtliche Lösungen seien Bebauungspläne notwendig. Sei in den Ortslagen gewährleistet, alles über Bauleitplanverfahren abhandeln zu können, oder sei auch jeweils wieder ein Planfeststellungsverfahren erforderlich? Welche Regelung gäbe es dann hinsichtlich der Aufgabenteilung zwischen dem Planer für das Land – normalerweise sei das der Landesbetrieb selbst – und dem Planer in lokaler Zuständigkeit, also dem kommunalen Bauleitplaner?

StS Michael von der Mühlen (MBWSV) informiert, in diesem Falle erfolge eine Abstimmung des Entwurfs mit der jeweiligen kommunalen Verkehrsplanungsbehörde. Logischerweise müssten die gleichen Standards eingehalten werden, um die Finanzierung für den entsprechenden Radschnellweg sicherstellen zu können. Insofern ließen sich keine Erschwernisse erkennen. Darüber hinaus handele es sich um ein eingeführtes Verfahren, dass der verbindliche Bauleitplan, der Bebauungsplan, das Planfeststellungsverfahren ersetzen könne.

Vorsitzender Dieter Hilser stellt das Einvernehmen des Ausschusses fest, den Eingang der Stellungnahme der Spitzenorganisationen abzuwarten und den Punkt in der kommenden Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

